

**Pressemitteilung zur 32. Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Technologie und Arbeit
Am 29. Juni 2007**

In öffentlicher Sitzung wurde heute vereinbarungsgemäß die Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der Linkspartei zu Arbeit und Entlohnung in Thüringen und der Antwort der Landesregierung (Drs. 4/2548) fortgesetzt. Da von der Linkspartei relativ kurzfristig ein umfangreicher Katalog zusätzlicher Fragen vorgelegt wurde, die einer vertieften Bearbeitung durch die Landesregierung bedürfen, wurde ein Wiederaufruf dieses Tagesordnungspunktes am 7. September 2007 vereinbart.

Der Ausschuss befasste sich abschließend mit dem Entwurf der SPD-Fraktion (Drs 4/ 2611) zu einem Thüringer Vergabegesetz. Alle Fraktionen sind sich – hob der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Michael Krapp (CDU) hervor - darüber einig, dass dem Lohndumping Einhalt geboten werden muss. Allerdings würden unterschiedliche Schwerpunkte bei den Instrumenten zur Bekämpfung dieser unsozialen Wettbewerbsverzerrung gesehen. Bei der Entscheidung sei wesentlich auch zu berücksichtigen, dass auf europäischer Ebene noch Klagen gegen Vergabegesetze anhängig seien. Der Ausschuss empfehle dem Plenum des Landtages mehrheitlich, kein Thüringer Vergabegesetz zu beschließen.

Beim Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs 4/2727) zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften über die Umweltprüfung folgt der Wirtschaftsausschuss weitestgehend dem Gesetzentwurf mit den Änderungsvorschlägen des Ausschusses für Naturschutz und Umwelt. Damit würden in Zukunft z.B. Steinbrüche erst ab 25 statt bisher 10 ha UVP-pflichtig. Der Landtag würde ferner in Zukunft beteiligt, wenn die Regierung durch Rechtsverordnung in die Anlage zum Gesetz UVP-pflichtige Projekte, Kriterien, Pläne und Programme neu aufnimmt, ändert oder streicht.

Auf Bitte des federführenden Ausschusses für Naturschutz und Umwelt befasste sich der Wirtschaftsausschuss vorab mit dem SPD-Antrag (Drs 4/2812) zu den Auswirkungen des EU-Klimagipfels für die Thüringer Klimaschutzpolitik. Eine größere Anzahl wirtschaftsspezifischer Ergänzungen wurde zunächst diskutiert und soll bis zur Sitzung am 7. September 2007 in schriftliche Form als Empfehlung an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt gefasst und beschlossen werden.